



Sie streiten seit geraumer Zeit für die Abschaffung der Hofabgabeklausel (v.l.n.r.): Landwirt Heinrich Eickmeyer, Anwalt Wilhelm Achelpöhler, Landfrau Marlene Orthmann, Kreislandwirt Werner Seegers, die Bundestagsabgeordnete Cornelia Behm sowie die Landwirte Dietrich Hugenberg und Martin Prött.

FOTO: STEFAN SALLEN

Warum den Hof abgeben?

Arbeitskreis zur Abschaffung der Hofabgabeklausel informiert in Herford

Nicht nur, wenn es um die aktuelle Agrar- und Marktpolitik in der Landwirtschaft geht, sind Bäuerinnen und Bauern hellwach. Auch das Thema Agrarsozialpolitik ist und bleibt ein heiß diskutierter „Dauerbrenner“ auf unseren Höfen. Doch was einige Bäuerinnen und Bauern seit geraumer Zeit aufregt, sind nicht die zu bezahlenden Beiträge in Kranken- und Alterskasse oder für die Berufsgenossenschaft, sondern das, was am Ende des harten Arbeitslebens herauskommt.

Stein des Anstoßes: die so genannte Hofabgabeklausel, nach der nach dem Gesetz zur Alterssicherung der Landwirte aus dem Jahre 1957 nur derjenige die Bauernrente beziehen kann, wer seinen Hof mehr oder weniger komplett übergibt. Diese Klausel ist mittlerweile einer Vielzahl von Landwirten ein Dorn im Auge.

„Nicht mehr zeitgemäß und zutiefst ungerecht“, meinen nicht nur zahlreiche Bäuerinnen und Bauern in Ostwestfalen, die vor gut einem Jahr den „Arbeitskreis für die Abschaffung der Hofabgabeklausel“ gegründet hatten. Dieser Arbeitskreis lud am vergangenen Freitag nach Herford ein, um eine Zwischenbilanz seiner intensiven und beharrlichen Tätigkeit zu ziehen. Und nicht nur Westfalen waren der Einladung gefolgt, auch einige Rheinländer hatten den weiten Weg in den Norden Nordrhein-Westfalens nicht gescheut.

„Von Herford muss ein Aufbruch durch das ganze Land gehen“, sagte Heinrich Eickmeyer. Der 66-jährige Landwirt aus Leopoldshöhe hatte zusammen mit dem Kreislandwirt Werner Seegers, seinem Berufskollegen Dietrich Hugenberg und Martin Prött sowie der Landfrau Marlene Orthmann den Arbeitskreis aus der Taufe gehoben. Seitdem sind die Aktivisten intensiv tätig gewesen. Zahlreiche Gespräche mit Bundestagsabgeordneten, vielbeachtete Presseartikel aber auch intensive Gespräche mit dem Bauernverband sind inzwischen nach den Worten Eickmeyers geführt worden. Darüber hinaus liegen nicht nur dem Deutschen Bundestag, sondern auch dem nordrhein-westfälischen Landtag zahlreiche Petitionen zum Thema Hofabgabeklausel vor.

Juristische Schritte eingeleitet

Doch der Arbeitskreis beackert nicht nur das „politische Feld“, wie Kreislandwirt Seegers betonte, sondern hat mittlerweile auch juristische Schritte eingeleitet. So haben einige betroffene Landwirte über die Anwaltskanzlei Meisterernst aus Münster Klage beim Sozialgericht eingereicht. Rechtsanwalt Wilhelm Achelpöhler, der einen Überblick über den juristischen Zwischenstand gab, sieht durchaus sehr gute Chancen, auf dem Klageweg zum Erfolg zu kommen. „Die Klausel ist ungerecht und diskriminiert insbesondere auch die Bäue-

rinnen“, so der Anwalt. Vor diesem Hintergrund hätte notfalls eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof sehr gute Chancen.

Politische Unterstützung erhalten die Bauern – wie die LZ mehrfach berichtete – von der grünen Bundestagsabgeordneten Cornelia Behm, die zusammen mit anderen Parlamentariern an der Versammlung in Herford teilnahm. „Wir treten seit langem dafür ein, die antiquiert und ungerechte Hofabgabeklausel endlich abzuschaffen“, sagte Behm. Es könne angesichts vom demographischen Wandel, Höfesterben und vielfach fehlenden Hofnachfolgern nicht mehr richtig sein, Landwirte beim Eintritt in das Rentenalter zur Aufgabe der Erwerbstätigkeit auf dem eigenen Hof zu drängen, so die Abgeordnete. Sie bedauerte, dass ein Antrag ihrer Bundestagsfraktion mit den

**Der große
RENTENBETRUG !**

**Über 40 Jahre einbezahlt
und keine Rente.**

**Wir werden vom Gesetzgeber
und der Landwirtschaftlichen
Rentenversicherung erpreßt
und betrogen.**

**Das alles in einem angeblich
demokratischen Rechtsaat.**

NEIN DANKE !

Stimmen von CDU/CSU und FDP Mitte vergangenen Jahres abgelehnt worden sei. SPD und Linke hätten sich seinerzeit enthalten. In Herford machte sich Behms Bundestagskollege von der SPD, Stefan Schwartzer, ebenfalls stark für die Abschaffung der Hofabgabeklausel. Und das FPD-Kreisvorstandsmitglied Siegfried Mühlengew sprach sich dafür aus, dass aus dem Jahre 1957 stammende Gesetz einer deutli-

chen Korrektur zu unterziehen, um zumindestens Härtefälle lösen zu können.

Kritik am Bauernverband

Deutliche Kritik, insbesondere von den anwesenden Bäuerinnen und Bauern, wurde aber am Deutschen Bauernverband (DBV) geäußert, dem nach den Worten von Cornelia Behm eine Schlüsselrolle bei der Hofabgabeklausel zukommt. „Die Mehrheit unter den Landwirten will die Abschaffung der Hofabgabeklausel“, gab sich Behm überzeugt. „Das muss auch der DBV endlich zur Kenntnis nehmen“, sagte die Grünen-Politikerin. Wenn der DBV seinen Kurs ändere, würde die Regierung ihre bisherige Haltung in dieser Frage bestimmt aufgeben. Nicht wenige Bäuerinnen und Bauern waren auch deshalb über die Haltung des Bauernverbandes tief enttäuscht, weil der ihrer Ansicht nach nur die Umgehung der Hofabgabeklausel unterstützt. Die häufig auf Rat des Verbandes gemachte „Pro Forma“-Übergabe an Familienangehörige mit „Scheinverträgen“ lehnten die Anwesenden als „Aufruf zu einer strafbaren Handlung“ mit Nachdruck ab.

Es gab aber auch versöhnliche Töne in Richtung Bauernverband. So mahnte der ehemalige Vorsitzende des Bundesverbandes Deutscher Pflanzenzüchter (BDP), Wilhelm Graf von der Schulenburg, „keinen Keil in den Berufsstand zu treiben, sondern gemeinsam nach Lösungen zu suchen“. Der heute 79-jährige Ehrenvorsitzende des BDP ist selbst Betroffener der Hofabgabeklausel. Nur weil er Prokura für das familieneigene Unternehmen besitzt, verweigert ihm die Alterskasse augenblicklich die Rente. Indirekt sprang sogar Cornelia Behm für den Deutschen Bauernverband in die Bresche. „Das Kompromisspapier der DBV hatte durchaus einige gute Ansätze“, so die Grünen-Abgeordnete. Leider wären diese von CDU und FDP nicht aufgegriffen worden.

Neue Motivation

Für den Arbeitskreis war die Veranstaltung in Herford nach den Worten von Kreislandwirt Werner Seegers neue Motivation, weiter für die Abschaffung der Hofabgabeklausel zu streiten. Vorschläge aus dem Publikum, beispielsweise eine eigene Internetseite zum Thema einzurichten oder Aufkleber unter den Landwirten zu verteilen, werde man sorgfältig prüfen. Darüber hinaus bleibe es das erklärte Ziel des Arbeitskreises, zusammen mit der Anwaltskanzlei weiter auf dem juristischen Weg den Erfolg zu suchen, so Seegers abschließend. (Lesen Sie dazu auch das Editorial auf S. 3) STS